



Liebe Palästina-Solidaritätsgruppen,
liebe Mitglieder der palästinensischen Gemeinden, Vereine und Institutionen in Deutschland,
liebe Palästina-Freunde,
die Lage im Gaza-Streifen verschlechtert sich stündlich. Es ist unübersehbar und wird weltweit mit angesehen. Dennoch: Die Aggression und Todesmaschinerie der Besatzungsmacht Israel wird immer brutaler und immer menschenverachtender.

Erschütternd ist die Reaktion der deutschen politischen Elite, sie ist mehr als beschämend. Tatsächlich geben die Kanzlerin und ihr Bundesaußenminister den israelischen Aggressoren und Besatzern freie Hand und Rückendeckung für den Massenmord in Gaza unter dem Vorwand der berechtigten und notwendigen Selbstverteidigung. Und dies ungeachtet vieler Berichte über die wahren Umstände und sogar ungeachtet der Recherchen der deutschen Fernsehsender (z.B. Auslandsjournal im ZDF am Donnerstag, dem 17.07), der eindeutig belegt, dass Israel diesen Vernichtungskrieg nicht nur gewollt und geplant hat. Mehr noch: Der Beitrag zeigt, dass die eigene Bevölkerung auf das was kommen wird, sorgfältig psychologisch vorbereitet wurde. Unter diesem Gesichtswinkel ist die heutige Rückendeckung der Führung der CSU und Der Grünen lediglich ein weiteres Kapitel der Mittäterschaft der deutschen politischen Elite.

Aber: Massendemonstrationen, die inzwischen von vielen unliebsamen Gruppen unterwandert und von Allah-akbar-Rufen und von zum Teil beschämenden antisemitischen Slogans begleitet werden, sind nicht hilfreich und gehen in eine völlig falsche Richtung. Unser Ziel aber ist die Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die wahre Situation und dadurch die Gewinnung von Sympathien für die Not der Bevölkerung von Gaza.

Wir von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft rufen euch auf, in den kommenden Tagen und insbesondere am nächsten Donnerstag eure Aktionen vor die politischen Zentralen in euren Gemeinden und Städten zu verlagern. Direkte Proteste gegen die Haltung der führenden Parteien und ihre anti-palästinensische Politik sollten vor den Büros der Parteien und der Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten vorgebracht werden.

Vorher sollte die Presse informiert werden. Die Aktionen in einer Gemeinde sollten möglichst gleichzeitig bei allen vier großen Parteien (CDU/SPD/Grüne und CSU) beginnen. Wenige Teilnehmer vor jeder politischen Zentrale bringen viel mehr als Tausende, die in der Stadtmitte in Allah-Rufen und mit türkischen Fahnen unterzugehen drohen.

Wir von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft sind bereit, euch nach Kräften jegliche erdenkliche Hilfe anzubieten, die ihr für eure friedlichen Aktionen benötigt.

Hannover 20.7.2014